

Grüne geben ihren Widerstand gegen Gondosolar vermeintlich auf

Im neuen Positionspapier der Grünen Schweiz werden Solarkraftwerke in den Hochalpen nicht mehr grundsätzlich abgelehnt. Das sorgt für Kritik im Oberwallis. Nationalrat Christophe Clivaz ordnet ein.

Martin Meul

Es scheint eine Kehrtwende zu sein. Die Grünen Schweiz wollen hochalpine, solare Freiflächenkraftwerke nicht mehr um jeden Preis bekämpfen. So steht es in einem neuen Positionspapier der Partei. Der «Tages-Anzeiger» berichtete am Samstag über das Schriftstück. «Der Alpenraum kann dafür verwendet werden, Freiflächensolaranlagen zu realisieren», heisst es in dem Papier.

Für die im Oberwallis angedachten grossen Solarkraftwerke, jenes bei Gondo und das bei Grengiols, sind es indes gute Nachrichten. Peter Bodenmann, Verfechter und Mitinitiant des Projektes in Grengiols, am Safischpass, sagte denn auch gegenüber dem «Tages-Anzeiger»: «Die Grünen sind halbwegs auf dem richtigen Weg. Wir brauchen angesichts der Stromlücke in Europa nicht Pilotprojekte, sondern Mega-Anlagen.»

Die Gründe der Grünen

Die neue Haltung der Grünen Schweiz kommt einigermaßen überraschend. Bislang machte sich die Partei in der Debatte um den Ausbau von Solaranlagen vor allem dafür stark, dass zunächst Gebäude mit Solarpanels überbaut werden sollten. Von Anlagen ausserhalb der Bauzone wollte man eher nichts wissen, genauso wie bei den Umweltschutzorganisationen. Zu gross sei der Eingriff in die Landschaft, hiess es. Zu viele andere Fragen offen. Diese Argumentation wurde von den Bürgerlichen immer wieder als Anlass genommen, die Grünen zu kritisieren. Die Partei verhindere den Ausbau von sauberen Energiequellen.

Grünen-Nationalrat Kurt Egger (TG) erklärt den neuen Kurs gegenüber dem «Tages-Anzeiger» zum einen damit, dass der Aus-

bau der Solaranlagen auf den Hausdächern nicht schnell genug vorangehe. «Zum anderen bringt der Ukraine-Krieg allenfalls eine Stromknappheit. Es geht uns darum, konstruktiv an Lösungen mitzuarbeiten, damit die Schweiz auf Gaskraftwerke verzichten kann und die AKW nicht laufzeitverlängert werden.»

Zwar halten die Grünen Schweiz in ihrem Positionspapier immer noch daran fest, dass die Bestückung der Gebäude im Land mit Solarpanels zentral ist, doch die grossen Freiflächenanlagen sind nun eine Option. Das neue Positionspapier der Grünen ist zwar noch nicht offiziell abgesegnet, die Zustimmung der Fraktion gilt aber als einigermassen sicher.

Die Reaktionen vor Ort

Während sich die Befürworter grosser Solaranlagen freuen dürften, fallen die Reaktionen der Oberwalliser Grünen gemischt aus.

Kritisch sieht die Sache die Grünen-Grossrätin Brigitte Wolf. Sie sagt: «Ich stehe nicht uneingeschränkt hinter der neuen Haltung der Grünen Schweiz.» Wolf findet nach wie vor, dass Solarkraftwerke vor allem dort gebaut werden sollen, wo bereits in die Landschaft eingegriffen wurde. Das Argument, dass die Grünen Schweiz Freiflächenanlagen nur befürworten, wo sie nicht einsehbar sind, reicht ihr nicht: «Wir brauchen Landschaften, die unberührt bleiben, auch wenn man sie nicht sieht.» Dies sei aber längst nicht das einzige Kriterium. Auch Fragen zu Auswirkungen auf die Ökologie, die technische Machbarkeit oder die Rentabilität seien noch definitiv zu klären.

Wolf befürchtet zudem, dass das grundsätzliche Ja der Partei zu grossen Solarkraftwerken in den Alpen die Forde-



Die Grünen zeigen sich gesprächsbereit zu Solarkraftwerken wie Gondosolar. Von einer Kehrtwende will man aber nicht sprechen.

Bild: Visualisierung zvg

rungen nach einer Strategie für den Bau solcher Anlagen unterminieren könnte. Es dürfe nicht sein, dass nun jede Gemeinde mit einer freien Fläche in den Bergen Pläne für ein Kraftwerk anmelde, sagt sie. «Zuerst braucht es eine kantonale Strategie, wenn nicht gar eine für den gesamten Alpenraum.»

Offener für den neuen Kurs gibt sich Aaron Heinzmann, Präsident der Grünen Oberwallis. Er fühlt sich vom Entscheid seiner Parteikollegen auch nicht übergangen. «Es ist normal, dass die Kritik bei jenen, die näher dran sind, grösser ist als bei jenen, die nicht direkt betroffen sind.» Das gelte für alle Arten von Kraftwerken, auch für hochalpine Solarprojekte.

Allerdings betont auch Heinzmann, dass es keinen Wildwuchs an Anlagen geben dürfe,

auch er fordert eine Strategie. «Nicht nur, was die Standorte betrifft, wir müssen uns auch überlegen, wie wir mit den Profiten aus solchen Kraftwerken umgehen wollen.» Heinzmann bringt einen Solarzins, ähnlich den Wasserzinsen ins Gespräch. Dieser Solarzins müsste dann fairerweise auch auf Gemeinden aufgeteilt werden können, die keine Solaranlage erstellen können, so Heinzmanns Idee. «Ein Richtplan würde ein Wettbewerb um Solaranlagen ja unterbinden.»

Kritik gibt es vom Präsidenten der Grünen Oberwallis aber auch. Zwar nicht zum Grundsatzentscheid seiner Mutterpartei, dafür aber zur einseitigen Auslegung der Position. Heinzmann kritisiert, dass nur zur Debatte gestellt werde, wie mehr Strom produziert werden könne. «Genauso zentral in der

Debatte um die Stromversorgung der Schweiz wäre, über Einsparpotenziale zu sprechen.» Diese Debatte aber werde derzeit kaum geführt, lediglich von den Grünen, nicht aber von den anderen Parteien.

Der Walliser Nationalrat der Grünen, Christophe Clivaz, indes sprach sich in seiner Kolumne im «Walliser Boten» vom März 2022 dezidiert gegen Projekte wie Gondosolar aus. Diese bezeichnete er damals als «eine falsche gute Idee». Mit dem neuen Positionspapier seiner Partei sei er daher nicht ganz glücklich.

Allerdings gelte es auch, den Punkt mit den Freiflächensolaranlagen richtig einzuordnen. «Von einer Kehrtwende der Partei kann keine Rede sein», sagt Clivaz. Die Grünen seien nun lediglich bereit, über Projekte wie Grengiols So-

lar zu sprechen, wobei es natürlich noch viele Punkte zu klären gebe. Die neue Haltung der Grünen sei für die Befürworter denn auch nicht als Freifahrtsschein für hochalpine Solaranlagen zu verstehen.

Clivaz führt aus: «Die Priorität liegt nach wie vor aber auf anderen Bereichen, wie dem Ausbau von Anlagen auf Gebäuden, oder auf Lösungen in der Landwirtschaft.» Die Diskussion um die Freiflächenanlagen werde dem Positionspapier seiner Partei auch nicht gerecht. «Das Papier befasst sich ganzheitlich mit dem Thema Energieversorgung, auch andere Themen sind Teil der Überlegungen.» So gehe es im Positionspapier auch um die Wasserkraft oder den Umweltschutz an sich. «Fotovoltaik ist da nur ein Teil.»

Fieschertaler Alterswohnungen brauchen noch Anlaufzeit

Mitten im Dorf sind elf neue Alterswohnungen zur Miete entstanden. Der Bau ist für die Region ein Novum.

Matthias Summermatter

Eigenständigkeit, Sicherheit, Geselligkeit und Unterstützung unter einem Dach: Unter diesem Motto wirbt die Wohngenossenschaft «Rissla» für ihre elf neuen, hindernisfreien Alterswohnungen im Fieschertal.

Der Neubau ist seit dem 1. Juli bezugsbereit, umfasst zwei Häuser und steht direkt am Dorfplatz auf dem Gebiet namens «Rissla». Die 2½- und 3½-Zimmer-Mietwohnungen sind für Seniorinnen und Senioren gedacht, die so lange wie möglich selbstständig in ihren eigenen vier Wänden wohnen wollen und bei Bedarf auf verschiedene Dienstleistungen zurückgreifen wollen. Das Fieschertaler Angebot ist vielfältig.

Die Mieter können einen Mahlzeitendienst, hauswirtschaftliche Leistungen wie Reinigungsarbeiten und Wäscheservice, Pflegeleistungen oder administrative Unterstützung in Anspruch nehmen. Jeder bezahlt, was er braucht.

Sechs der elf Wohnungen sind vermietet. Die ersten Bewohner sind am 1. Juli eingezogen, weitere folgen im August und September. Sie stammen aus der Region, dem Talgrund und aus der übrigen Schweiz.

Hinter dem Bau der Alterswohnungen steht die Wohngenossenschaft «Rissla». Ihre Präsidentin ist Bettina Brot. Sie ist mit der Belegung zum Start zufrieden und sagt: «Das Interesse ist da. Doch wir stellen auch fest, dass sich einig schwer-

tun, den Schritt von einem Einfamilienhaus oder einer grossen Wohnung in eine 2½- oder 3½-Zimmer-Wohnung definitiv zu wagen. Das Angebot ist neu und braucht noch etwas Anlaufzeit.» Die Überzeugung ist gross, dass bald alle Wohnungen einen Mieter finden. Der Anteil älterer Menschen im Goms sei hoch und viele von ihnen würden in nicht altersgerechten Wohnungen leben, so Bettina Brot.

Alterswohnungen gelten als möglicher Zwischenschritt vor dem Umzug in ein Alters- und Pflegeheim. Das Wohnmodell setzt sich schweizweit immer stärker durch. Das Seniorenzentrum Naters beispielsweise lässt zurzeit 24 solcher Wohnungen bauen. Die Alterswohnungen im Fieschertal entstanden aus privater Initiative.

Genossenschaftspräsidentin Bettina Brot, wohnhaft in Graubünden, stammt aus Lax. Sie erklärt: «Meine Eltern im Goms leben in einer nicht altersgerechten Wohnung. Können sie diese im Alter nicht mehr bewohnen, bleibt ihnen wie vielen anderen nur noch die Möglichkeit, ins Alters- und Pflegeheim nach Fiesch oder hinunter ins Tal zu ziehen. Gerne möchten diese Menschen jedoch in ihrer Region wohnen bleiben.»

Die Familie handelt und entscheidet sich, im Fieschertal, wo sie eine Bauparzelle besitzt, Alterswohnungen für die Region zu erstellen. Bettina Brot sagt: «Da wir keine Investoren sind und «nur» über die Bauparzelle, nicht aber über die nötigen finanziellen Mittel verfügten, hatten wir uns entschieden, diese Alters-

wohnungen über eine gemeinnützige Genossenschaft zu finanzieren. Es ist ein Angebot von der Region für die Region und ohne spekulative Absichten.»

Bettina Brot und ihre Familie gründeten in der Folge im Jahr 2019 mit Gleichgesinnten die Wohngenossenschaft Fieschertal «Rissla». Heute zählt sie 48 Genossenschafter und ist Mitglied von «Wohnen Schweiz», dem Verband der Wohnbaugenossenschaften.

Der Spatenstich für die neuen Alterswohnungen im Fieschertal war im Frühjahr 2021. Die Mitglieder der Genossenschaft konnten bei der Realisierung des Baus mitreden. Sie erledigten viele Arbeiten wie etwa Baureinigung, Einrichtung, Gestaltung oder Umgebung im Frondienst.

Eine 2½-Zimmer-Wohnung kostet 1250 Franken im Monat, eine 3½-Zimmer-Wohnung 1400 Franken. Inbegriffen ist ein 24-Stunden-Notruf-Service. Eine Ansprechperson, die Unterstützung bietet für die Vermittlung und Organisation der benötigten Dienstleistungen. Und ein Hauswartservice. Zusatzkosten entstehen durch Strom, Wasser oder Parkplatz.

Wer eine Wohnung im Fieschertal mieten will, muss der Genossenschaft beitreten und mindestens einen Anteilschein à 5000 Franken zeichnen. Genossenschaftspräsidentin Bettina Brot sagt: «Das «Wohnen mit Service»-Angebot soll ein Mehrwert für die Region sein und auch ein Stück weit der Abwanderung Richtung Talebene entgegenwirken.»